

**25/1996**Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze schaffen

Ziel der Politik der Bundesregierung und vor allem der CDU/CSU ist eine deutliche Entlastung der Steuerzahler im Rahmen der geplanten Steuerreform. Diesen Kurs werde ich konsequent durchsetzen, so wie die von mir geführte Bundesregierung in den Jahren 1983 bis 1989 die Senkung der Steuerquote und damit der Belastung der Bürger erreicht hat.

In der laufenden Diskussion muß daran erinnert werden, daß die Steuererhöhungen nach 1990 allein den Zweck hatten, den Aufbau der neuen Bundesländer zu finanzieren.

**Helmut Kohl: Es bleibt dabei, daß wir die Mehrwertsteuer in dieser Legislaturperiode nicht erhöhen werden.,**

Im Blick auf die in der Koalition im 50-Punkte-Programm zum 1. Januar 1999 vereinbarte Steuerreform bleibt es bei dem Beschluß von Bundesregierung und Koalition, daß die eingesetzte Steuer-Kommission bis Ende des Jahres ihre Vorschläge vorlegt. Diese werden dann bis Ende 1997 auf breiter Basis diskutiert und anschließend verabschiedet. Im Zuge dieser Debatte werden auch notwendige Gespräche mit den

*Fortsetzung auf Seite 2*

## HEUTE AKTUELL

### ● Investitionen

Adolf Roth: Bundesinvestitionen 1997 auf hohem Niveau stabilisiert. Seite 4

### ● Sozialdemokraten

Weiterwursteln nach der Sommerpause. Seite 7

### ● Ehrenamt

Ehrenamtliche Tätigkeit wird erst dann registriert, wenn sie ausbleibt. Seite 8

### ● Kommission

Den Mißbrauch der Religionsfreiheit durch Sekten ausschließen. Seite 12

### ● CDU Niedersachsen

Sicherheit für alle Bürger: Die Lage, das Versagen der SPD und die Alternativen der CDU. Argumente für den Kommunal-Wahlkampf. Seite 16

### ● Dokumentation

Ausbildung sichern. Zukunftsperspektiven für junge Menschen gestalten. Zahlen - Daten - Fakten. Grüner Teil

## 8. Parteitag der CDU in Hannover

**V**om 20.-22. Oktober findet im Congress-Centrum Stadtpark in Hannover der 8. Parteitag der CDU statt.

Zur vorläufigen Tagesordnung gehören die Berichte des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, des Generalsekretärs Peter Hintze, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, der Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister und des Vorsitzenden der CDU-/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble.

**Für den 21. Oktober** sind die Wahlen des Bundesvorstands vorgesehen, die Wahl des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, der vier Stell-

vertretenden Vorsitzenden, der Bundesschatzmeisterin, der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums sowie der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands.

**Am 22. Oktober** werden die Berichte aus der Kommission des Präsidiums „Zukunft des Steuersystems“ und aus der Kommission des Präsidiums „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ abgegeben.

\*\*\*

### Wichtiger Termin:

Die Antragsfrist zum 8. Parteitag läuft am Montag, den **23. September 1996, um 24 Uhr** ab. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

### Fortsetzung von Seite 1

Bundesländern sowie den kommunalen Spitzenverbänden geführt.

Im Laufe der Beratungen wird sich zeigen, welche finanziellen Spielräume es für Bund, Länder und Gemeinden gibt. Von dieser Frage hängt es ab, inwieweit in der nächsten Legislaturperiode ab 1999 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer notwendig sein wird. Eine Finanzierung der Steuerreform durch eine Erhöhung der Neuverschuldung wird es nicht geben. Es ist ein Gebot der Wahrheit, dies den Bürgerinnen und Bürgern schon jetzt offen zu sagen. Es bleibt dabei, daß wir die Mehrwertsteuer in dieser Legislaturperiode nicht erhöhen werden.

Weder CDU noch CSU noch ich selbst brauchen von anderen Bekräftigung unseres Willens, die Belastung der Bürger zu verringern. Die Entlastung ist im Hinblick auf die Belebung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung des Standortes Deutschland von größter Wichtigkeit. Es geht sowohl um die Entlastung der Steuerzahler als auch um solide Staatsfinanzen.

Eine andere Politik ist mit mir als CDU-Vorsitzendem und Bundeskanzler nicht zu machen. Ich setze darauf, daß nach Vorlage des Berichtes der Steuerreform-Kommission der Bundesregierung eine sachliche und zielorientierte Diskussion möglich ist. Diese wichtige Debatte ist kein Feld für populistische Profilierungsversuche.

# Sozialhilfe-Reform durchgesetzt

**Am 26. Juli 1996 konnte endlich nach der zweiten Anrufung des Vermittlungsausschusses in langen Verhandlungen eine Einigung zur Reform der Sozialhilfe erzielt werden. Seit dem 1. August 1996 ist das Gesetz in Kraft. Die Gemeinden werden nun in ihrer äußerst schwierigen finanziellen Situation in den nächsten drei Jahren um fünf Milliarden Mark entlastet.**

Mit der von der CDU bereits im September 1995 auf den Weg gebrachten Sozialhilfe-Reform wird auch künftig allen Menschen, die in Not geraten sind, Unterstützung gewährt. Ziel der Reform ist es, Sozialhilfebedürftigkeit von vornherein zu verhindern. Nach monatelanger Blockade und Verweigerung trägt die SPD nun die Reform mit.

Das tragende Prinzip des Bundessozialhilfegesetzes, die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz durch individuelle Bedarfsdeckung, bleibt in vollem Umfang erhalten. Die Sozialhilfe als wichtige Säule unseres sozialen Sicherungssystems wird mit der Reform dauerhaft stabilisiert. Damit können sich die Menschen auch in Zukunft darauf verlassen, daß sie in Notfällen wirksame Hilfe der Gemeinschaft erhalten.

## Die Eckpunkte der Sozialhilfe-Reform:

- Ein wesentlicher Schwerpunkt beinhaltet verbesserte Hilfen zur Arbeit. Mit den neuen Regelungen sollen die rund 500.000 arbeitsfähigen Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (1992: ca. 500.000) verstärkt befähigt werden, durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wieder unabhängig von der Sozialhilfe zu leben. Ar-

beitslose Sozialhilfeempfänger können künftig durch Lohnkostenzuschüsse für zwei Jahre ihre Sozialhilfe steigern, wenn sie beschäftigt werden. Wenn ein arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger eine zumutbare Arbeit ablehnt, ist eine Kürzung der Sozialhilfe um 25 Prozent vorgesehen. Es wäre unsozial gegenüber allen, die arbeiten, wenn die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit ohne Konsequenzen bliebe.

- Weniger Bürokratie führt zur Entlastung der Sozialämter. Statt zeitraubender Berechnungen über Einzelleistungen können die Sozialämter zukünftig Pauschalierungen vornehmen und mehr Zeit für die Beratung über den Weg aus der Sozialhilfe verwenden.

- Die Sozialämter werden zukünftig keine Vorschüsse mehr leisten müssen für vorrangige Sozialleistungsträger – wie beispielsweise die Arbeitslosenversicherung. Hierdurch wird die Zahl der Sozialhilfeempfänger um rund 300.000 sinken.

- Die Rechtsstellung der Behinderten in Werkstätten und ihre Entlohnung wird verbessert.

- Rückständige Mieten werden von den Sozialämtern übernommen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

- Die Sozialhilfesätze sind rückwirkend zum 1. Juli 1996 um ein Prozent gestiegen. In den Jahren 1997 und 1998 werden sie entsprechend dem Anstieg der Nettolöhne erhöht.

Während die SPD notwendige Entscheidungen zunächst blockiert und nur finanzielle Verschiebepathen vorschlägt, hat die CDU mit der Reform der Sozialhilfe von Anfang an neue Gestaltungsspielräume aufgezeigt. ■

# Bundesinvestitionen 1997 auf hohem Niveau stabilisiert

**In der öffentlichen Diskussion wird häufig der Vorwurf erhoben, Einsparungen bei Investitionsausgaben des Bundes beeinträchtigen in besonderem Maße Konjunktur und Arbeitsmarktentwicklung. Deshalb müsse in Zeiten allgemeiner Konjunkturschwäche auf dem Felde staatlicher Investitionen „gegengesteuert“ werden, selbst auf die Gefahr einer weiter wachsenden Staatsverschuldung hin.**

Ganz ohne Zweifel sind öffentliche Investitionen, vor allem Infrastrukturinvestitionen, von großer Bedeutung für unsere Volkswirtschaft, allerdings darf ihre quantitative Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung und insbesondere als möglicher Konjunkturmotor nicht überschätzt werden. Von zentraler Bedeutung sind die privatwirtschaftlichen Investitionen, denn im langjährigen Durchschnitt entfallen fast 90 v. H. aller volkswirtschaftlichen Anlageinvestitionen auf Unternehmen und nur gut 10 v. H. auf den Staat. Deshalb ist von entscheidender Bedeutung, die Dynamik der privaten Investitionen zu fördern. Dafür ist eine vertrauensbildende Konsolidierungspolitik des Staates und die Senkung von Steuern und Abgaben entscheidende Grundvoraussetzung.

Die investiven Ausgaben des Bundes werden 1997 mit 60,5 Mrd. DM auf hohem Niveau stabilisiert und werden im Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2000 auf dieser Größenordnung verharren. Die Investitionsquote erreicht auch im Haushaltsentwurf 1997 mit 13,7 v. H. in etwa den Durchschnittswert der Jahre 1990 bis 1995 (13,9 v. H.). Die investiven Ausgaben des

Bundes umfassen (eigene) Sachinvestitionen und Finanzierungshilfen zugunsten von Investitionsvorhaben Dritter; das sind in der Regel Investitionsvorhaben der Länder oder Gemeinden. Von den investiven Ausgaben des Bundes entfallen 1997 rd. 78 v. H. auf die Finanzierungshilfen.

**Von Adolf Roth,  
Vorsitzender der Arbeits-  
gruppe Haushalt der CDU/  
CSU-Bundestagsfraktion**

Wie in der Vergangenheit wird auch 1997 das Schwergewicht der öffentlichen Investitionen bei Ländern und Gemeinden liegen; die Anlageinvestitionen des Bundes machen – grob gerechnet – nur ein Achtel aller staatlichen Anlageinvestitionen bzw. nur 1,5 v. H. aller Anlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft aus. Deshalb sind fühlbare Auswirkungen des Bundes-Investitionsverhaltens auf den Arbeitsmarkt kaum zu erwarten: Für den Arbeitsmarkt ist vielmehr eine glaubhafte Konsolidierungspolitik des Staates, die zur Verbesserung des Investitionsklimas beiträgt, von ausschlaggebender Bedeutung.

Schwerpunkt der eigenen Sachinvestitionen des Bundes werden 1997 mit rd. 82 v. H. Baumaßnahmen im Bereich Verkehr sein; der Fernstraßenbau wird hierbei mit 7,8 Mrd. DM die angestammte Spitzenposition halten. Zwischen Finanz- und Verkehrsminister sind die Weichen für einen kontinuierlichen Abfluß der Investitionsmilliarden gestellt worden.

Deshalb ist es wichtig, in diesem Sektor das Investitionsverhalten der öffentlichen Hand zu verstetigen. Für den Bund allein gilt darüber hinaus, daß seine Entscheidungen determinierend sind für die Beschäftigungssituation im Bereich Wehrtechnik/Rüstung. Bei den im Vordergrund stehenden Beschaffungsentscheidungen für die Bundeswehr geht es allerdings nur teilweise um investive Ausgaben des Bundes. Wegen der hier nahezu monopolartigen Nachfragerolle des Bundes müssen seine Entscheidungen in diesem Bereich von Kontinuität getragen sein, so daß die betroffenen Unternehmen langfristig planen können und kurzfristige Irritationen des Arbeitsmarktes vermieden werden – eine Stop-and-go-Politik wäre hier verhängnisvoll.

Der Anteil der verteidigungsinvestiven Ausgaben an den Gesamtausgaben des Wehretats steigt von 22,4 v. H. 1995 auf 27,4 v. H. im Jahr 2000 an. Diesen „Anstiegswinkel“ müssen wir trotz aller Sparnotwendigkeiten auch bei der Bundeswehr im Interesse der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte unbedingt beibehalten.

Seit Anfang 1995 liegen die Kapitalmarktzinsen und die Geldmarktzinsen deutlich unter dem längerfristigen Durchschnitt von 7,3 bzw. 6,8 Prozent. Weil sich die Unternehmen traditionell bei ihren Investitionsentscheidungen am Niveau der Kapitalmarktzinsen orientieren, kommt der Konsolidierungspolitik des Bundes, des-

sen Nettokreditaufnahme in der Betrachtung der internationalen Kapitalmärkte im Vordergrund steht, so große Bedeutung zu: Würde der Bund seine Kreditaufnahme für Investitionszwecke ausweiten, führte dies auf den internationalen Finanzmärkten zwangsläufig zu negativen Zinseffekten, wie sie regelmäßig bei Ländern mit laxer Haushaltspolitik auftreten.

Schon geringfügige Zinssteigerungen als Folge fehlenden Vertrauens in die Ernsthaftigkeit des öffentlichen Konsolidierungswillens multiplizieren sich im privatwirtschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft zu Belastungen von vermutlich zweistelligen Milliardenbeträgen – ein Danaergeschenk für die Hauptträger der volkswirtschaftlichen Investitionstätigkeit und für den Arbeitsmarkt. Das gilt um so mehr, als steigende Kapitalmarktzinsen tendenziell auch inflationäre Entwicklungen nach sich ziehen, mit weiteren negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Für die Investitionspolitik des Bundes – wie der öffentlichen Hand insgesamt – empfiehlt sich demnach eine ruhige Betrachtungsweise. Wenn die „volkswirtschaftliche Rendite“ öffentlicher Investitionen vor allem darin besteht, der Gesellschaft ein Bild von Aktivität und Arbeitsplatzrentabilität vorzugaukeln, kann man mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen solcher Ausgaben eher von „maskierten Sozialausgaben“ sprechen.

## Asylbewerberzahlen im Juli 1996

Im Juli 1996 haben beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 9.511 Personen (Vormonat: 8.234 Personen) Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat Juni 1996 im Juli 1996 um 1.277 (15,5 Prozent) gestiegen. Allerdings war im Vormonat der geringste Monatszugang seit Juni 1989 zu verzeichnen. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (Juli 1995: 10.223) ist die Zahl der Asylbewerber im Juli 1996 um 712 (7 Prozent) zurückgegangen.

# Institut in Halle: Ost-Konjunktur kommt 1997 wieder in Fahrt

**Die Konjunktur in Ostdeutschland wird nach Einschätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 1997 einen starken Aufschwung erleben. Neue Industrien würden heranwachsen und bald die Bauwirtschaft als Träger der Konjunktur ersetzen können, sagte IWH-Präsident Rüdiger Pohl dem Wirtschaftsmagazin „impulse“.**

„Was jetzt passiert, ist weniger dramatisch als von vielen dargestellt“, sagte er. Daß Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent in den neuen Ländern auf Dauer nicht zu halten seien, habe ihn nicht überrascht. Von einem Absturz der Konjunktur könne demnach keine Rede sein. Pohl: „Tatsäch-

lich befinden wir uns in einem Übergangsprozeß, weil es jetzt zu einem Wechsel der Auftriebskräfte kommt.“ Die Bauwirtschaft, die wegen des Nachholbedarfs völlig überdimensioniert gewesen sei, schrumpfe nun auf Normalmaß.

## Löhne im Osten stärker differenzieren

Die Löhne im Osten seien nicht zu hoch, sondern zu wenig differenziert. Nötig sei eine Doppelstrategie. Arbeitgeber sollten einerseits auf eine Senkung der Tariflöhne drängen. Andererseits sollten sie tarifliche Zulagen zahlen, wenn es die Leistungskraft des Unternehmens erlaube.

## Häuslebauer nutzen neue Eigenheimförderung

**Die neue Eigenheimförderung seit Jahresbeginn animiert nach Angaben der Bundesregierung eine zunehmende Zahl von Bundesbürgern zum Bau des eigenen Hauses.**

In den ersten fünf Monaten des Jahres seien in Westdeutschland 2,5 Prozent mehr Einfamilienhäuser genehmigt worden als im Vorjahreszeitraum, erklärte Bundesbauminister Klaus Töpfer. Im Osten betrug der Anstieg 6,2 Prozent.

Nach dem Wintereinbruch im Januar und Februar gehe es mit den Baugenehmigungen seit März aufwärts. Auch die Zahl neu abgeschlossener Bausparverträge nehme deutlich zu. Einige Bausparkassen verzeichnen

laut Töpfer bei neuen Bausparverträgen einen Zuwachs von bis zu 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Zum 1. Januar war die Eigenheimförderung von einem progressionsabhängigen Abzug von der Steuerschuld auf eine progressionsunabhängige Zulage umgestellt worden. Damit sollte Töpfer zufolge der Bau von Eigenheimen vor allem für junge Familien mit mittleren Einkommen erleichtert werden.

Noch immer sei das Durchschnittsalter der Bauherren in Deutschland mit 38 Jahren um sechs Jahre höher als im übrigen Europa, erklärte der Minister. Auch die Wohneigentumsquote mit 40 Prozent im Westen und 25 Prozent im Osten sei deutlich niedriger als bei den europäischen Nachbarn.

# Weiterwursteln nach der Sommerpause

„Schröder – das ist reine Lotterie.“  
Erhard Eppler, früherer SPD-  
„Spitzenpolitiker“ über  
Niedersachsens Ministerpräsident  
Gerhard Schröder

**Wenn Oskar Lafontaine nach der Sommerpause eine Stabilisierung der SPD feststellt, so ist der Wunsch Vater des Gedankens. Zerstrittenheit, Schlingerkurs und erfolgloses Krisenmanagement - das bleiben die Markenzeichen der SPD:**

● „Das eigentliche Dilemma ist also unsere hoffungslose Uneinigkeit in Grundsatzzfragen,“ beklagt Friedhelm Farthmann, viele Jahre lang Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von NRW. (Kölnische Rundschau, 2. 8. 1996)

● „Die Sozialdemokratie ist langsam dabei, ihren Charakter als Volkspartei zu beschädigen“, schimpft Alt-Kanzler Helmut Schmidt. Und fährt fort: „In der bundespolitischen Führung unserer Partei spielen Opportunismus, persönliches Geltungsbedürfnis und Karrierestreben eine allzu-große Rolle. Darüber verkümmert das Pflichtbewußtsein . . .“. (Bild-Zeitung, 26. 8. 1996)

● „Die SPD hat kein politisches Zentrum mehr - ohne Disziplin geht es nicht in einer großen Volkspartei“, kommentiert Erhard Eppler, ehemaliger Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD, die Krisensituation in seiner Partei. (Welt am Sonntag, 21. 7. 1996)

● Die SPD ist „... noch nicht gut genug für die Bundestagswahl 1998“, muß selbst Berufsoptimist Johannes Rau feststellen. (dpa, 22. 8. 1996)

● „In einem Punkt sind sich fast alle Sozialdemokraten einig: Die SPD steckt in der Krise“, gibt auch Johano Strasser, langzeit stellvertretender Bundesvorsitzen-

der der Jusos, zu. (Welt am Sonntag, 4. 8. 1996)

Bei dieser internen SPD-Schelte handelt es sich nicht nur um die üblichen politischen Rangeleien in einer Volkspartei. Vielmehr stecken die Sozialdemokraten in einer tiefgreifenden programmatischen Krise. Die Unfähigkeit, klare politische Inhalte nach außen zu tragen, belegt dies:

● „Da fährt Lafontaine einen Schlingerkurs, mal bekennt er sich zum ‚linken‘ Lager, mal treibt er rechtspopulistische Kampagnen, wie in der Aussiedlerfrage. Seinen Ruf hat er ja schon früher ruiniert. Nun arbeitet er heftig an den Sekundärtugenden Berechenbarkeit, Zuverlässigkeit, Integrationsfähigkeit. Aber was macht er morgen? Lafontaine bleibt die große Unbekannte“, stellt Parteienforscher Joachim Raschke fest. (Die Woche, 2. 8. 1996)

● „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durchlebt zur Zeit die womöglich schwerste Krise ihrer mehr als 130jährigen Geschichte“, glaubt auch der Berliner Autor Rolf Schneider. (Focus, 22. 7. 1996)

● „Der Zustand der deutschen Sozialdemokratie ist kläglich“, meint die Stuttgarter Zeitung. (24. 8. 1996)

Mit seiner selbstgefälligen Analyse, die SPD habe sich stabilisiert, beweist Oskar Lafontaine nur eines: daß er - im Gegensatz zum Wähler - vor der Realität fest die Augen verschließt. Denn 77 Prozent der Deutschen beurteilen den innerparteilichen Zustand der SPD derzeit als zerstritten. (Emnid-Umfrage, Die Welt, 10. 8. 1996)

## Ehrenamtliche Tätigkeit:

# Erst dann registriert, wenn sie ausbleibt

**Seit einiger Zeit führen wir eine breit angelegte, in wesentlichen Punkten kontroverse öffentliche Diskussion über den Wert und die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit in unserer und für unsere Gesellschaft.**

Diese öffentliche Auseinandersetzung ist zu begrüßen, zeigt sie doch sehr deutlich, daß ein großer Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ehrenamtliche Tätigkeit in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zunehmend als Selbstverständlichkeit für andere in Anspruch genommen hat, ohne selbst tätig geworden zu sein noch sich über den Wert, die Bedeutung und die Leistung ehrenamtlich Tätiger für unser Gemeinwesen Gedanken gemacht zu haben. Viele von uns registrieren ehrenamtliche Tätigkeit erst dann, wenn sie ausbleibt. Deshalb ist es geboten, das Bewußtsein aller in unserem Gemeinwesen für ehrenamtliche Tätigkeit zu wecken und zu schärfen.

Ehrenamtliche Tätigkeit ist in erster Linie eine Sache der inneren Bereitschaft des einzelnen, der darin eine Lebensaufgabe sieht, anderen zu helfen, sich für andere einzusetzen, für andere da zu sein. Eigeninitiative und Eigenverantwortung sind gefragt, Dinge selbst in die Hand zu nehmen, mit anderen für andere da zu sein und nicht stets nach anderen zu rufen. Dies macht die Stärke und das Selbstverständnis unseres Gemeinwesens aus.

Es hieße aber, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen, nähmen wir nicht die gravierenden Änderungen wahr, die in un-

serer Gesellschaft nach und nach Platz ge-griffen haben: Individualisierung, Professionalisierung, Bürokratisierung, Regulierung. Dies sind nicht nur Schlagworte, sondern sie haben unmittelbare Auswirkungen auf ehrenamtliche Tätigkeiten. Überbordende bürokratische Regelungen, häufig neue gesetzliche Regelungen, vermehrter Einsatz von Hauptamtlichen und Funktionären, dies alles hat ehrenamtliche Tätigkeit eingeengt, Motivation vieler Be-

**Von Klaus Riegert, Vorsitzender des Arbeitskreises „Ehrenamt“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

reitwilliger genommen und dazu geführt, daß Ehrenamtliche sich allzu häufig als unentgeltliche ausführende Hilfskräfte empfinden. Diese Erkenntnis müssen wir heute aus einem nicht immer vernünftigen Professionalisierungsprozeß ziehen. Eine durchdachte, behutsame Rückführung dieses Prozesses heißt nicht Abbau von Er-rungenem, sondern Korrektur überzogener Ansprüche. Dann wäre wieder mehr Platz für die erforderliche Eigenständigkeit, Un-abhängigkeit, Innovation und Kreativität.

Die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten und zur Hilfe in unserer Gesellschaft sind durchaus vorhanden; nur häufig nicht unter den Bedingungen, die sich durch die gesellschaftlichen Änderungen ergeben haben. Die Bean-



spruchung von Dauer und Umfang her muß für ehrenamtlich Tätige überschaubar sein, die Arbeit sollte zur persönlichen Bereicherung beitragen, mehr Mitbestimmung und Transparenz an Abläufen und Entscheidungen müssen möglich sein, die berufliche Freistellung sollte bei Bedarf gesichert werden, und die ehrenamtliche Arbeit muß eine höhere gemeinschaftliche Anerkennung finden. Bleiben diese Erfordernisse aus, so darf es nicht verwundern, wenn Forderungen wie besondere steuerliche Behandlung, Berücksichtigung im Rentenrecht, Anrechnung auf die Lebensarbeitszeit, Erhöhung der Übungsleiterpauschale und Aufwandsentschädigung etc. häufig aus den Kreisen kommen, die ehrenamtliche Tätigkeit vom Hauptamt her nutzen und von deren Einsatz profitieren. Einige Verbände und Organisationen beginnen sogar, die ehrenamtlich geleisteten Stunden zu beziffern und sie lohnmäßig aufzurechnen. Dabei wird unterschiedlich einmal der Staat oder die Gesellschaft als Schuldner für bzw. als Sparrer von Leistungen dargestellt.

Diese Ansätze, ehrenamtliche Tätigkeit materiell aufzurechnen, widersprechen dem Grundanliegen ehrenamtlicher Tätigkeiten. Sie führen direkt in die nächste und übernächste Forderung und werden

auf Dauer nicht nur ehrenamtliches Engagement, sondern auch Eigeninitiative und Selbstverantwortung ersticken. Die Frage der materiellen Zuwendung und der Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeit stellt sich in erster Linie nicht wegen der Erfüllbarkeit der Forderung, sondern ganz prinzipiell. Der Einstieg in die materielle Zuwendung und die Vergütung ist gleichzeitig der Einstieg in eine Gesellschaft ausschließlich Hauptamtlicher und von Funktionären und degeneriert „ehrenamtliche Tätigkeit“ zu einer bloßen Dienstleistung. Wir wollen nicht eine allgegenwärtige, allumfassende Daseinsfürsorge durch den Staat, der unsere Lebensgewohnheiten in allen Bereichen subventioniert. Wir wollen ideelle Motivationen innerer Bereitschaft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit erhalten, fördern und stärken. Wir wollen, daß sich alle verpflichtet fühlen zur persönlichen Hilfe und nicht ständig Hilfe von anderen oder vom Staat fordern.

Ehrenamtliche Tätigkeit ist ein hoher ideeller Wert unserer selbstgewählten Form gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Die gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung der erbrachten Leistung ist eine der wesentlichen Gegenleistungen für die

## Aktiv statt verdrossen: 10 Jahre Schüler Union NRW

Rund 100 Delegierte haben auf dem 10. Landesschülerforum der Schüler Union Nordrhein-Westfalen in Schwelm Ende Juni das zehnjährige Bestehen der Schüler Union Nordrhein-Westfalen gefeiert. 1986 hatten die Landesverbände Rheinland und Westfalen fusioniert, um gemeinsam für Schülerinteressen in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen. Seitdem verbucht die Schüler Union stetig Mit-

gliederzuwächse und ist zu einer sehr aktiven Sonderorganisation der CDU geworden. Auf der Tagung wurde der 21jährige Aljoscha Kerz aus Schwelm zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag, Helmut Linssen, referierte zum Thema „Ein Jahr rot-grüne Chaos-Koalition in NRW“.

## Hinterhältiger krimineller Akt

### Zu dem neuerlichen Anschlag auf die Bahnlinie Dannenberg-Lüneburg erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill:

Was nur aufgrund der Umsichtigkeit des Zugführers nicht zu Personenschaden geführt hat, ist der Gipfel rücksichtsloser und unmenschlicher Anschläge von Atomkraftgegnern auf die Bahnverbindungen im Raum Lüneburg-Lüchow-Dannenberg.

Die kriminelle Energie, die keinerlei Rücksicht nimmt auf die Gefährdung unbeteiligter Menschen, muß mit unachsichtiger Härte von der Landesre-

gierung mehr als bisher verfolgt werden. Der politische Hintergrund dieses Attentats kann zu keiner Zeit eine Rechtfertigung für eine solche Tat liefern. Auch das engagierteste politische Handeln gegen die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland darf nicht noch mehr in den gezielten Bruch der rechtsstaatlichen Normen abgleiten.

Alle diejenigen, die bisher den Eindruck erweckt haben, man könne rechtsstaatliche Normen den politischen Zielen unterordnen, tragen Mitverantwortung für solche Ereignisse.

## Hoechst will zusätzliche Lehrstellen schaffen

Die Hoechst AG hat Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen über die bisherigen Planungen hinaus zugesagt.

Wenn die Altersteilzeit von den Beschäftigten genutzt werde, wolle das Frankfurter Unternehmen in entsprechendem Umfang zusätzliche Lehrstellen ausweisen, teilte Rüttgers mit.

Diese Regelung soll bereits im jetzt beginnenden Ausbildungsjahr wirksam werden.

### *Nach Möglichkeit die Reserven mobilisieren*

Der Minister forderte die anderen Unternehmen auf, dem Beispiel von Hoechst zu folgen: „Die Wirtschaft muß alle Reserven mobilisieren, damit jeder Jugendliche auch in diesem Jahr wieder eine Ausbildungschance hat.“

## Aufstiegsförderung

Die Broschüre „Aufstiegsförderung – Gesetz und Beispiele“, die das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) herausgibt, informiert über die Finanzierungshilfen von allgemeiner beruflicher Bildung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), dem sogenannten Meister-BAföG. Die übersichtliche Broschüre läßt keine Frage offen. Fragen wie: Wer kann Ansprüche geltend machen? Welche Maßnahmen sind förderungsfähig? Wo wird die Förderung beantragt, mit welcher Dauer und in welcher Höhe? werden hier ebenso beantwortet, wie die Bedingungen des privatrechtlichen Darlehensvertrag erläutert. Anhand von Rechenbeispielen wird ganz konkret vorgerechnet, was an Unterhaltsbeiträgen geleistet wird.

## Neue Wege in der Sozialpolitik

Für den 5. und 6. September hat Generalsekretär Peter Hintze zum Zukunftsforum „Soziale Sicherung“ ins Konrad-Adenauer-Haus nach Bonn eingeladen.

**Peter Hintze:** Wie in allen Bereichen der Politik muß auch in der Sozialpolitik die Frage nach den Prioritäten immer wieder neu gestellt werden. Um neue Aufgaben erfüllen und die Folge der demographischen Entwicklung bewältigen zu können, brauchen wir neue Handlungsspielräume. Die Zeit ist reif, Modell-Diskussionen in das Stadium der politischen Entscheidung zu überführen. Zu diesem Prozeß will das Zukunfts-

forum „Soziale Sicherung“ einen wichtigen Beitrag leisten.

Prominente Gäste des Zukunftsforums sind neben Experten der Rentenversicherung, Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft u. a.: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Prof. Dr. Ursula Lehr, Hermann-Josef Arentz, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

### Anmeldung und

### Rückfragen bei:

**Frau Lentes, Hauptabteilung**

**Organisation, Tel. (02 28)**

**5 44-3 26, Fax (02 28) 5 44-3 71**

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Nur mit der Bereitschaft zu Offenheit, Wahrhaftigkeit und gegenseitigem Verständnis“, so heißt es im Halbjahresprogramm 2/96 des Bildungszentrums Wendgräben, „können wir zu einer Verständigung über politische Fragen und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft gelangen.“

Eine Veranstaltungsreihe, in deren Mittelpunkt vor allem Geschichte und Folgen der SED-Diktatur stehen:

### Wendgräbener Dialog-Foren

Die nächsten Themen/Termine:

- „Das Signal von Zeit“ – Die evangelische Kirche in der DDR und ihre Rolle im Prozeß der friedlichen

Revolution, 19. Dialog-Forum, 6.–7. 9. 1996, Magdeburg.

- Demokratie als Lebensform – Bürgerengagement und demokratischer Wertekonsens in Deutschland, 20. Dialog-Forum, 15.–16. 9. 1996, Magdeburg.

### Weitere Informationen/

### Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**Bildungszentrum Wendgräben**

**Postfach 16**

**39279 Loburg**

**Fax: (03 92 45) 27 28**

Bei Interesse am 28 Seiten umfassenden Halbjahresprogramm: Es wird auf Anfrage ohne Berechnung abgegeben.

# Den Mißbrauch der Religionsfreiheit durch Sekten ausschließen

**Die Vorsitzende der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, die CDU-Bundestagsabgeordnete Ortrun Schätzle, erklärte zu den Aufgaben und Zielen der Enquete-Kommission:**

Seit Anfang der 70er Jahre verzeichnen wir eine stetig wachsende Zahl von sogenannten Sekten und Psychogruppen. Zunächst wurden diese Gruppierungen als „Jugendsekten“ wahrgenommen, weil sie hauptsächlich Jugendliche anzogen.

Mittlerweile haben sich Adressatenkreis und Angebot der Gruppierungen grundlegend verändert.

Heute noch von „Jugendsekten“ oder „Jugendreligionen“ zu sprechen, wäre verfehlt. Die sogenannten Sekten und Psychogruppen sprechen ganz gezielt erwerbstätige, gutsituierte Erwachsene an. Mit dem Begriff „Sekte“ bezeichnet man mittlerweile umgangssprachlich ein Spektrum, das die gesamte Bandbreite neu-religiöser bzw. pseudoreligiöser Gruppen ebenso wie sinnstiftende Angebote oder Heilslehren von psychologisch, philosophisch, wirtschaftlich und politisch ausgerichteter Gemeinschaften umfaßt. Verbunden ist mit der Bezeichnung „Sekte“ heute eine negative Einschätzung hinsichtlich vereinnahmender Tendenzen und bestimmter Gefährdungspotentiale durch die Gruppierungen.

Seit ihrem Erscheinen sind die Gruppen Gegenstand des öffentlichen Interesses. Die Diskussion und kritische Auseinandersetzung mit ihren Zielen, Praktiken und Methoden hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Besonders die dramatischen Ereignisse um die Sonnen-templer in der Schweiz und die AUM-

Sekte in Japan haben Ängste und Besorgnisse geschürt. Aussteigerberichte, verstärkte Medienberichterstattung, Aufklärung durch staatliche und nichtstaatliche Stellen weisen auf mögliche und tatsächliche Gefährdungen für die Betrof-

**Aufgabe der Kommission:  
Sorgfältige Untersuchung der  
Sekten, ihrer Ziele, Praktiken  
und Methoden**

fenen und die Gesellschaft hin, so daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich immer mehr auf das Thema gerichtet hat.

Angesichts der Gefahren für den einzelnen, wie psychische und finanzielle Abhängigkeit, Isolation und Entindividualisierung, sowie für die Gesellschaft durch versuchte Einflußnahme seitens der Gruppen und antidemokratische Tendenzen wird Gefahrenabwehr durch den Staat öffentlich eingefordert. Es stellt sich also die Frage, unter welchen Umständen und in welcher Weise der Staat eingreifen darf.

Staatliches Handeln steht stets im Spannungsfeld zwischen der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (echter) religiöser und weltanschaulicher Gruppen einerseits und den durch unsere Verfassung garantierten Grundrechten des einzelnen sowie der Bewahrung der freiheitlichen Ordnung andererseits.

Grundlage der staatlichen Auseinandersetzung mit den sogenannten Sekten und Psychogruppen muß eine differenzierte Analyse von Zielen, Praktiken und Methoden der einzelnen Gruppierungen sein.

## Kirchen nicht aus den Schulen aussperren

**Zur Kritik des brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe zum Schreiben der katholischen Bischöfe zum Pflichtfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Die Kirchen beider Konfessionen müssen eine gleichberechtigte Gelegenheit erhalten, ihren Religionsunterricht an und in den Schulen anzubieten.

Mit der Einrichtung des Faches „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ und seinem Vorrang werden

die Kirchen aus den Schulen Brandenburgs herausgedrängt. Dies ist keine Verdächtigung, sondern eine Tatsache. Es verwundert daher nicht, daß die Kirchen für ihren Religionsunterricht bei Eltern und Schülern werben.

Aufforderungen an die Kirchen zur „sachlichen Zusammenarbeit“ gab es auch in den Zeiten vor 1990. Wenn Herr Stolpe dies jetzt bei einem Anlaß wiederholt, den er selbst gesetzt hat, erinnert das an damalige Redensarten.

Wirklich sachliche Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn die Kirchen nicht ausgesperrt und behindert werden.

um die Öffentlichkeit wirkungsvoll zu informieren, bestehendes Recht konsequent anzuwenden und gegebenenfalls angemessene staatliche Maßnahmen zu entwickeln.

Diese Aufgabe hat sich die Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ gesetzt, die der Deutsche Bundestag mit Beschluß vom 9. Mai 1996 eingesetzt hat. Ihr gehören elf Mitglieder des Deutschen Bundestages und elf Sachverständige an, die sich durch eine langjährige und wissenschaftlich sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Thema auszeichnen. Die Enquete-Kommission soll bis Frühjahr 1998 eine umfassende Analyse des Problemfeldes leisten. Im einzelnen heißt dies:

Sie soll die Gefahren, die für den einzelnen, den Staat und die Gesellschaft von den sogenannten Sekten und Psychogruppen ausgehen, aufzeigen. Das erfordert eine sorgfältige Untersuchung der Ziele, Praktiken und Methoden. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der nationalen und

internationalen Verflechtungen der Gruppen, die zum Teil weltweit operieren.

Die Prüfung der Ziele, Praktiken und Methoden wird schließlich zeigen, wo die Grenzen der von den Gruppen permanent eingeforderte Inanspruchnahme der durch das Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit liegen. Denn: Artikel 4 GG gilt nicht schrankenlos. Ebenso wenig wie der Staat in den aus Artikel 4 GG abgeleiteten Schutzbereich grundlos eingreifen darf, kann zugelassen werden, daß Gruppierungen ihn für die Verfolgung ihrer Ziele mißbrauchen.

Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe der Enquete-Kommission; die Aufarbeitung des Mißbrauchs von Artikel 4 GG durch sogenannte Sekten und Psychogruppen wird für den staatlichen und juristischen Umgang mit den Gruppen einen entscheidenden Beitrag leisten, um noch bestehende Unsicherheiten hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Berufung auf Artikel 4 GG zu klären. ■

# HÜR TÜRK als Gegengewicht gegen religiöse Fundamentalisten

Seit kurzem gibt es vor allem in Berlin eine aktuelle öffentliche Diskussion über die organisatorische Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen der CDU und hier lebenden Türken. Dies ist Anlaß, daran zu erinnern, daß seit vielen Jahren CDU-Mitglieder und türkische Mitbürger erfolgreich im Freiheitlich deutsch-türkischen Freundschaftsverein (HÜR TÜRK), einem selbständigen und eingetragenen Verein, zusammenarbeiten. Viele türkische HÜR TÜRK-Mitglieder sind inzwischen auch in die CDU eingetreten.

HÜR TÜRK wurde 1978 mit Hilfe der CDU und der damaligen türkischen Gerechtigkeitspartei auf Bundesebene in Bonn gegründet. Ziel des Vereins war und ist es, Deutsche und hier lebende Türken enger zusammenzuführen sowie gegenseitiges Verständnis zu wecken und zu vertiefen.

Seit 1984 ist Dr. Hans Stercken Vorsitzender des Vereins. Als ausgewiesener Freund der Türkei und ehemaliger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages genießt er ein hohes Ansehen und Vertrauen bei den hier lebenden Türken sowie in der Türkei. Der Journalist Hasan Tekin ist stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer, Heiner Geißler, Johannes Gerster und Thomas Kossendey, Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe, gehören von seiten der CDU dem Beirat an.

In den letzten Jahren hat sich der Verein zu einem kräftigen Verband mit ca. 15.000 Mitgliedern in über 50 Ortsverbänden entwickelt. Zum Beispiel ist es auf Initiative von HÜR TÜRK gelungen, einen deutsch-türkischen Jugendaustausch in Gang zu setzen. Auch führt der Verein regelmäßig Frauenseminare durch. Darüber hinaus versteht sich der Ver-

ein als Forum für die Türken in Deutschland, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen. So arbeiten auf Bundesebene im Vorstand von HÜR TÜRK u. a. mit:

● Dr. O. Akin, Vorsitzender des Verbandes türkischer Ingenieure in Deutschland, Aachen,

● Aydin Yardimci, Vorsitzender des Bundesverbandes Türkisch-Deutscher Unternehmervereine (TIDAF e. V.) Köln.

Wie wichtig die Arbeit eines deutsch-türkischen Freundschaftsvereins ist, braucht angesichts der Tatsache, daß gut 2 Millionen Türken in Deutschland leben, nicht weiter begründet zu werden.

Linksextremisten, aber auch fanatische religiöse Fundamentalisten versuchen mit großem Aufwand, die türkischen Arbeitnehmer in ihrem Sinne zu beeinflussen. Hier will und kann HÜR TÜRK ein Gegengewicht bilden. Gerade bei dem sich bildenden Mittelstand hat ein der CDU-nahestehender Verein große Chancen.

Auch steigt die Zahl der Türken, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen, kräftig an. So ist bei der Bundestagswahl 1998 mit gut 100.000 türkischstämmigen Wählern zu rechnen.

In einer Reihe von Städten wie z. B. Aachen, Hannover, Krefeld, Solingen, Völklingen und Wiesbaden besteht bereits eine gute Zusammenarbeit mit dem jeweiligen CDU-Kreisverband.

Wenn Kreisverbände an einer vertieften Zusammenarbeit mit HÜR TÜRK oder an der Gründung eines deutsch-türkischen Freundschaftsvereins interessiert sind, steht in der Bundesgeschäftsstelle **Jürgen Zander**, Abteilung Parteiorganisation, (Tel. 02 28/5 44-3 17), als Ansprechpartner zur Verfügung.

# Gute Nachricht für Deutschlands Schüler

## Schulen ans Netz

Über 1.800 Schulen in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen gehen jetzt ans Netz. Rund 3.000 Schulen, so die Initiatoren, Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Telekom-Chef Ron Sommer, können in der ersten Runde berücksichtigt werden.

Gute Nachricht für Deutschlands Schüler zu Beginn des neuen Schuljahres. Über 1.800 Schulen in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen gehen jetzt ans Netz. Ihre Anträge auf ein Einstiegsprojekt wurden bewilligt. In den kommenden Wochen erhalten diese Schulen entsprechende Leistungen wie ISDN-Anschlüsse, Freieinheiten, das Softwarepaket StarOffice sowie Zugang zu den Online-Diensten. Die Projektlaufzeit beträgt zunächst ein Jahr. Die Auswahl der Schulen treffen die jeweiligen Bundesländer.

Die Schulen aus den anderen Bundesländern, die noch keine Rahmenvereinbarungen getroffen haben, werden in den nächsten Wochen informiert. Bis Ende August werden alle Einstiegsprojekte entschieden sein.

Bis Mitte September fallen die Entscheidungen über die mit besonderen Anforderungen versehenen Modellprojekte. „Insgesamt werden in der ersten Ausschreibungsrunde rund 3.000 Schulen ans Netz gehen können“, so die Initiatoren Jürgen

Rüttgers und Telekom-Chef Ron Sommer. Alle an den Projekten beteiligten Schulen erhalten freien Zugang zu den Online-Diensten AOL, CompuServe und T-Online bzw. über WiNShuttle zum Deutschen Forschungsnetz.

Wer wissen will, wie der aktuelle Stand der Entscheidungen aussieht, erhält über die Homepage der Initiative (<http://www.san-ev.de>) ab Mitte September einen aktuellen Überblick über die geförderten Schulen.

Rüttgers und Sommer: „Die Initiative ist schon jetzt eine Erfolgsstory. Der Run aufs Netz zeigt, daß Schüler und Lehrer wissen, wie wichtig es ist, sich fit zu machen für die Informationsgesellschaft. Wir appellieren: Je mehr Sponsoren unsere Initiative unterstützen, um so mehr Schulen können mitmachen.“

**Für Presseanfragen ist die Initiative „Schulen ans Netz“ unter folgender Adresse erreichbar:**

**Schulen ans Netz,  
Oberkasseler Straße 2,  
53227 Bonn  
Tel. (02 28) 7 00 48 70  
Fax (02 28) 7 00 48 77  
e-mail: [san-ev@t-online.de](mailto:san-ev@t-online.de)**

**Aktuelle Informationen gibt es auch unter der „Schulen ans Netz“-Homepage: <http://www.san-ev.de>**

# Sicherheit für alle Bürger

## Die Lage

**Die Innere Sicherheit ist in Niedersachsen nicht mehr gewährleistet – das ist die übereinstimmende Erkenntnis aller Experten. Und das spürt auch jeder Bürger, der berechtigte Sorge um Hab und Gut, um Leib und Leben hat.**

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache:

- **1985:** 517.805 erfaßte Straftaten,
- **1989:** 519.431 erfaßte Straftaten,
- **1995:** 598.000 erfaßte Straftaten.

Die angesichts dieser Kriminalitätsentwicklung dringend notwendige personelle Verstärkung der Polizei ist von der Schröder-Regierung sträflich vernachlässigt worden. In den 14 Jahren CDU-geführter

**Die Zeichen stehen auf Sturm:  
Steigende Kriminalität,  
gewalttätige Demonstrationen,  
verfehlte Polizeigesetze –  
unsere Sicherheit  
steht auf dem Spiel!**

Regierung wurde die Zahl der Polizeibeamten jedes Jahr im Schnitt um rund 150 erhöht. Im Wahlkampf versprach Schröder: „Wir sorgen für mehr Polizei...“. Die traurige Wahrheit: Unter dieser Regierung Schröder erfolgt bis 1998 ein Abbau von 528 Beamtenstellen bei der Polizei.

Und: Mit größter Sicherheit wird angesichts der derzeitigen geringen Zahl der Einstellungen von Polizeianwärtern die Polizeistärke noch weiter zurückgehen, als von der Landesregierung bisher zugestanden wurde.

Zudem ist zum Beispiel bei den Chaostagen in Hannover deutlich geworden, daß auch die Sachausstattung der Polizei mehr als unzureichend ist, da noch nicht einmal ausreichend Schutzrüstungen zur Verfügung stehen. Während Kriminelle sich modernster Technik bedienen, arbeitet die Polizei heute mit einer Ausstattung, die den sich daraus ergebenden Anforderungen nicht entspricht. Selbst dringend notwendige Schutzwesten müssen sich die Polizeibeamten aus eigenen Mitteln kaufen.

## Das Versagen der SPD

**Der Aufblähung der Verwaltung, insbesondere in der Ministerialbürokratie um 9000 Stellen, stehen bei der Polizei rapider Personalabbau, mangelnde Investitionen in Schutzkleidung und moderne Arbeitsmittel gegenüber.**

Mehr noch: Die als Jahrhunderttat angekündigte Polizeireform hat sich inzwischen als größte Fehlentscheidung in der Geschichte der Polizei erwiesen. Die Kriminalpolizei ist zerschlagen, die Bereitschaftspolizei zu effektiven Einsätzen kaum noch in der Lage: Chaostage in Hannover, Autonomenkrawalle in Göttingen, gewalttätige Demonstrationen in und um Gorleben haben dies besonders dramatisch gezeigt.



Das rot-grüne Polizeigesetz verbietet der Polizei wichtige Möglichkeiten moderner Verbrechensbekämpfung, die in anderen Bundesländern selbstverständlich sind.

Der Einsatz verdeckter Ermittler, die Überwachung von Verbrecherwohnungen oder die Rasterfahndung – auf keines dieser anderenorts bewährten Mittel kann die Polizei in Niedersachsen zurückgreifen. Übertriebener Datenschutz ist zum Täter-schutz verkommen. Nicht einmal zum Schutz der öffentlichen Ordnung darf die Polizei in Niedersachsen noch einschreiten.

Vor Verabschiedung dieses Polizeigesetzes hatte der führende Polizeiexperte Böhrenz die Schröder-Regierung deutlich davor gewarnt, daß Niedersachsen mit diesem Gesetz zum „Eldorado der Kriminalität“ werde. Die Entwicklung hat ihm leider recht gegeben.

Als ebenbürtige Partnerin des Innenministers bei einer Politik nach dem Motto „Täter verwöhnen, Opfer verhöhn“ hat sich die „Risiko-Ministerin“ (Focus) Altmerk erwiesen. Zerstörung des Rechtsbewußtseins zum Beispiel durch weitgehende Straffreiheit für Ladendiebstahl, viel zu lange Strafverfahren, Haftanstalten, die zu Fluchtanstalten verkommen sind, sind die „Markenzeichen“ dieser Ministerin.

## Die Alternativen der CDU

**Die CDU fordert seit Jahren immer wieder eine Verbesserung der persönlichen Stärke und der Sachausstattung der Polizei – zuletzt in ihrem Antrag zum Doppelhaushalt 95/96. Alle Vorschläge wurden von der SPD vom Tisch gefegt!**

Wir fordern die Verabschiedung des von der CDU vorgelegten effektiven Polizeigesetzes für den Schutz der öffentlichen Ordnung, für verdeckte Ermittler, für den

Abbau übertriebenen Datenschutzes, für den Rettungsschuß bei lebensbedrohlichen Geiselnahmen. Opferschutz statt Täterschutz durch grundlegende Sanierung des Polizeirechts statt Flickschusterei ist unser Ziel.

## Vor dem Verbrechen schützen

Wir wollen wieder politischen Rückhalt für die Polizei, statt die Beamtinnen und Beamten zu Prügelknaben für verfehlte politische Entscheidungen zu machen. Wir wehren uns dagegen, daß Schröder Mißtrauen gegen die Polizisten schürt. Die Bürger müssen nicht vor der Polizei ge-

**Eine Argumentationshilfe**

**die auch bundesweit**

**Beachtung findet**

schützt werden, wie Schröder meint, sondern die Bürger müssen vor dem Verbrechen geschützt werden – und das mit Hilfe einer handlungsfähigen Polizei.

Wir fordern schnelle Strafverfahren, insbesondere durch strikte Anwendung des § 417 Strafprozeßordnung, nach dem die Strafe der Tat auf dem Fuß zu folgen hat, sowie durch die notwendige Verstärkung der Justiz.

Wir verlangen einen wirksamen Strafvollzug, der neben der Resozialisierung auch die Ziele des Schutzes der Öffentlichkeit vor Kriminellen sowie der Sühne und Abschreckung verfolgt.

Ausländische Straftäter, die in unserem Land Verbrechen begangen haben und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, die eine Ausweisung rechtfertigen, sollen zur Strafverbüßung in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. ■

## Qualifizierung von Tagesmüttern verbessern

**K**inderbetreuung in der Tagespflege ist der Titel eines aktuellen Handbuchs, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jetzt veröffentlicht hat. Es beschreibt umfassend die rechtlichen Grundlagen, wissenschaftlichen Hintergründe und Einblicke in die Praxis der Tagespflege. Einen Schwerpunkt des Handbuchs bildet die Qualifizierung, Vermittlung und Beratung von Tagesmüttern. Diskutiert wird auch, wie Tagespflege fachlich verbessert werden kann. Zielgruppe für die Benutzung des Handbuches sind sowohl Verantwortliche in Politik und Verwaltung als auch Tagesmütter sowie Eltern, deren Kinder von Tagesmüttern betreut werden.

Das „Tagesmütter-Handbuch“ stützt sich auf Erfahrungen des zweijährigen Modellprojekts „Qualifizierung von Tagesmüttern im ländlichen Raum mit dem Schwerpunkt Neue Länder“, das vom Bundesfamilienministerium initiiert und gefördert wurde. In diesem Projekt wurde 550

Frauen in einer ländlichen und strukturschwachen Region Mecklenburg-Vorpommerns das Rüstzeug für die Tätigkeit in der Tagespflege vermittelt. Der Abschlußbericht zum Modellprojekt, der jetzt zusammen mit dem Handbuch veröffentlicht wird, enthält wertvolle Hinweise zur inhaltlichen, personellen und organisatorischen Verbesserung von Qualifizierungsmaßnahmen. Die Ergebnisse zur Qualifizierung von Tagesmüttern zeigen, daß die Tagespflege in ländlichen Räumen eine sinnvolle Erweiterung des Kinderbetreuungsangebots darstellt und damit die Chancen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht.

**Das „Tagesmütter-Handbuch“ und der Abschlußbericht zur Qualifizierung von Tagesmüttern (Materialien zur Frauenpolitik Nr. 57) können – bitte nur schriftlich – bestellt werden beim: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn.**

## Wege zu einer gerechteren Alterssicherung für Frauen

**Z**u einer Vorsitzendenkonferenz, die das Thema Rente „auf den Prüfstand“ stellen will, hat die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, für den 21. September nach Berlin eingeladen.

Rita Süßmuth: Auch wenn wir bereits entscheidende Schritte bei der Anerkennung von Kindererziehungs-

und Pflegezeiten bei der Rente erreicht haben, müssen frauenspezifische Rentenfragen bei der weiteren Diskussion unbedingt berücksichtigt werden.

Prominentester Sprecher zum Thema „Kurswechsel in der Rentenpolitik: (k)ein Thema?“: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.



## Klimaschutz Mach mit!

**CDU**

● **Faltblatt: Klimaschutz –Mach mit!**

Vor besondere Herausforderungen stellt uns der weltweite Schutz des Klimas. Nur wenn es gelingt, den sogenannten „Treibhauseffekt“ erfolgreich zu bekämpfen, können wir dauerhaft die Schöpfung bewahren. Klimaschutz kann aber nur gelingen, wenn er von allen Bereichen der Gesellschaft unterstützt wird. Deshalb machen Sie mit beim Klimaschutz. Unser Faltblatt will Ihnen hierfür einige wichtige Informationen geben.

Bestell-Nr.: **2159**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 22,00 DM

## WEGE ZUR ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN MARKT- WIRTSCHAFT



DER ZUKUNFT WEGEN:

*anders  
leben.*

Beschluß des 21. Bundesdelegiertentages  
der Frauen-Union der CDU 4./5. November 1995

**FU**  
FRAUEN  
UNION

● **Broschüre:  
Wege zur ökologischen und  
sozialen Marktwirtschaft**

Umweltschutz bedeutet nicht Bewahren um jeden Preis, sondern dort einzugreifen, wo es noch nicht gelungen ist, Wohlstand, sozialen Fortschritt und Umweltschonung zu verbinden. Der vorliegende Beschluß der Frauen-Union will eine breite Diskussion in der Frauen-Union mit interessierten Experten, Umweltbeauftragten und Verbänden anstoßen.

Bestell-Nr.: **2168**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN



### ● Schöpfung bewahren

Das neue Umweltmagazin der CDU Deutschlands gibt auf 36 Seiten einen Überblick über die umweltpolitischen Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung. Große Fotos und prägnante Texte informieren und regen zugleich zum Nachdenken über das persönliche Umweltverhalten an.

**Bestellungen  
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 1164  
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 415 21  
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestell-Nr.: 2130  
Verpackungs-  
einheit: 25 Expl.  
Preis je  
25 Expl.: 22,50 DM

# UiD

25/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:  
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WVA~~ Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.